



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 22. Dezember 2013

PRESSEINFORMATION

Stadt Essen mit Armutsmigration nicht überfordern: Witzel erwartet größeren Einsatz des Landes

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel verfolgt mit Interesse und Sorge die aktuellen Entscheidungen zu der Frage, ob zukünftig alle EU-Bürger einen Leistungsanspruch auf Arbeitslosengeld II besitzen. Das Bundessozialgericht hat die Entscheidung zu bislang praktizierten Ausschlußregelungen nun dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) übertragen.

Witzel sieht immense Herausforderungen auf die Stadt Essen zukommen, wenn der EuGH einen Rechtsanspruch auf Hartz IV für alle potentiell arbeitssuchenden EU-Bürger bejaht. „Das Urteil hat grundsätzliche Bedeutung mit weitreichenden praktischen Konsequenzen“, begründet der FDP-Abgeordnete seine Skepsis. „Es würde dadurch ein zusätzlicher Anreiz zur Zuwanderung von Menschen entstehen, die in ihren Heimatländern keine oder eine nur unzureichende soziale Unterstützung erhalten und auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen sind.“ Die Stadt Essen brauche daher schnellstmöglich Rechtssicherheit. Bereits zwei Urteile des Landessozialgerichts haben den Klägern einen solchen Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld zugesprochen.

Witzel ist der Auffassung, daß seitens der deutschen Politik nicht einfach tatenlos das Urteil abgewartet werden darf. Bereits jetzt sei die Stadt Essen wie viele weitere nordrhein-westfälische Kommunen bei der Bewältigung der finanziellen und sozialen Folgen der Armutszuwanderung und steigenden Flüchtlingszahlen am Rande ihrer Belastbarkeit. Um die grundsätzliche Akzeptanz für die Freizügigkeit innerhalb der EU und für die Aufnahme von Flüchtlingen zu erhalten, dürften die besonders von Armutszuwanderung betroffenen Quartiere und ihre Bewohner nicht überfordert werden. Auch eine transparente Informationspolitik der Stadtverwaltung müsse eine schlichte Selbstverständlichkeit sein.

„Wer die Befürchtungen der betroffenen Bürger, die heute in diesen Stadtvierteln leben, nicht ernst nimmt, riskiert ein friedvolles gesellschaftliches Miteinander“, warnt Witzel.

Es bedürfe daher finanzieller wie politischer Anstrengungen auf allen Ebenen, die Kommunen bei dieser Herausforderung zu unterstützen. Insbesondere müsse auf Ebene der EU endlich gemeinsam mit den Herkunftsländern der Armutsmigration sichergestellt werden, daß sich die oft katastrophalen Lebensbedingungen insbesondere für die dortigen gesellschaftlichen Minderheiten umfassend verbessern.